

## BENSHEIM

### AUSLÄNDERBEIRAT - GEPLANTE NEUORDNUNG DER HESSISCHEN GEMEINDEORDNUNG STÖSST AUF WIDERSTAND

# ⊕ Kritik an geplanter Gesetzesänderung

07. März 2020 | Autor: [Jeanette Spielmann \(js\)](#)



Zur jüngsten Sitzung des Ausländerbeirats begrüßte die Vorsitzende Yvonne Dankwerth (r.) Enis Gülegen (M.) und Tim van Slobbe (l.), den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen.

© Funck

**Bensheim.** In der ersten Sitzung des Jahres im Januar hatte sich der Ausländerbeirat schon einmal mit der Neuordnung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) beschäftigt und die geplanten Änderungen mehrheitlich positiv und als eine Verbesserung gesehen (der BA hat berichtet).

Diese positive Haltung hat sich in der aktuellen Sitzung des Gremiums am Donnerstag allerdings gedreht. Denn bei genauerem Blick auf den von der schwarz-grünen Regierungskoalition Ende des vergangenen Jahres vorgelegten Gesetzesentwurf, der möglicherweise in der März-Sitzung des Landtags beschlossen werden soll, sieht die Neuerung nicht mehr ganz so positiv aus.

Den genauen Blick ermöglichten jetzt Vorsitzender Enis Gülegen und sein Stellvertreter Tim van Slobbe von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah). In seinem ausführlichen Rückblick auf die Entwicklung in den vergangenen Jahren erläuterte Gülegen, „was sich da zusammenbraut“ und sprach von einer für die Vertretung der ausländischen Mitbürger „einschneidenden Entwicklung“.

## **Erst ab 1000 Einwohner Pflicht**

Unabhängig von der wenig hilfreichen Kommunikationsstrategie der Landesregierung – ein Dialog habe nicht stattgefunden und erst kurz vor der Einbringung in der Plenarsitzung habe die agah Einblick in den Gesetzesentwurf bekommen – steht vor allem das vorgesehene Optionsmodell im Zentrum der Kritik. Danach soll es künftig im Ermessen der jeweiligen Kommunen liegen, ob sie einen Ausländerbeirat einrichten beziehungsweise beibehalten oder sich für eine Kommission entscheiden. Die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirates besteht erst für Städte und Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern ohne deutschen Pass.

Für den Landesausländerbeirat ist das eine Mogelpackung. Zwar sei es positiv, so Tim van Slobbe, dass mit der Neuordnung die schon lange geforderte Zusammenlegung der Ausländerbeiratswahl mit der Kommunalwahl berücksichtigt und auch das Antragsrecht der Beiräte eingeräumt werde, aber das Modell der Integrationskommission habe negative Auswirkungen: van Slobbe befürchtet, dass die Migranten aus dem öffentlichen Leben verschwinden.

Denn Kommissionen tagen in der Regel nichtöffentlich, die Mitglieder werden nicht direkt gewählt, sondern vorgeschlagen und vom Gemeindeparlament gewählt. Auch können sich Kommissionen keine eigene Geschäftsordnung geben oder eigene Veranstaltungen initiieren. Über Beschlüsse der Kommission darf nur der Vorsitzende, in der Regel der Bürgermeister, informieren.

Seitens des Landesausländerbeirates wird befürchtet, dass aufgrund der möglichen Integrationskommissionen, insbesondere auch aus finanziellen Gründen, 2021 ein Großteil der Ausländerbeiräte in Hessen verschwinden wird.

Dass die Federführung für dieses Optionsmodell gerade bei den Grünen in der Landesregierung lag, stieß in der Sitzung des Ausländerbeirats vor allem auch beim Bürgermeisterkandidat Manfred Kern auf Entsetzen. Für den Landtagsabgeordneten der Grünen in Baden-Württemberg sei es nachgerade „zynisch“, wenn es möglich werde, ein verbrieftes Recht durch einen Gemeindebeschluss wieder wegnehmen zu können.

Auch war zu hören, dass die grünen Kabinettsmitglieder in Wiesbaden in dieser Frage nicht die Haltung des Parteirates einnehmen, der sich gegen das Optionsmodell ausgesprochen und die Landtagsfraktion aufgefordert hat, das Optionsmodell aus der Gesetzesvorlage zu

nehmen.

Das hat im Landtag im Übrigen auch die SPD-Fraktion getan und in einem Antrag gefordert, die Ausländerbeiräte zu modernisieren, zu stärken und strukturell weiterzuentwickeln sowie neue Modelle wie die Einführung von Integrationskommissionen abzulehnen.

## **Anachronistische Bezeichnung**

Dieser im Dezember gestellte Antrag wurde in den Innenausschuss verwiesen und in dessen Januar-Sitzung zunächst abgesetzt. Mit der Auswertung der im Februar erfolgten Anhörung des Gesetzesentwurfs soll er wieder aufgerufen werden.

Kritisch gesehen wird von den Ausländerbeiräten auch die Benennung der Gremien. Die Bezeichnung Ausländerbeirat sei anachronistisch, sind für den agah-Vorsitzenden Touristen Ausländer, aber nicht die Migranten, die seit Jahren im Land leben und arbeiten. Ebenso sei der Begriff Integrationskommission falsch, denn die Aufgaben der Ausländerbeiräte seien breitgefächert und nicht nur auf die Integration beschränkt. Außerdem sei Integration nicht nur eine Aufgabe der Ausländerbeiräte. Inklusion wäre hier der bessere Begriff.

© Bergsträßer Anzeiger, Samstag, 07.03.2020

### **ZU GAST BEI DER MAROKKANISCHEN KULTURGEMEINDE**

Bei seiner jüngsten Sitzung war der Ausländerbeirat der Stadt Bensheim Gast der marokkanischen Kulturgemeinde, die ihren Vereinssitz vom Bensheimer Bahnhofsgebäude in das jetzt eigene Domizil an der Nibelungenstraße verlegt hat.

Gerne gab Vorsitzende Yvonne Dankwerth dem Hausherrn und Vorsitzenden der marokkanischen Gemeinde, Mostafa Ben-Et-Taleb, die Möglichkeit, über die Aktivitäten des Vereins zu informieren. Auch wenn das neue Domizil noch nicht offiziell eröffnet wurde – die Eröffnungsfeier mit Programm ist für 9. Mai geplant – wird an der Nibelungenstraße die im Verein seit Jahren etablierte Sozialarbeit geleistet.

Ausgebildete Sozialarbeiter kümmern sich um Kinder und Jugendliche, es werden Sprachkurse angeboten, gemeinschaftliche Mahlzeiten, Frauentreff und das regelmäßige Freitagsgebet. Während des Fastenmonats Ramadan, in diesem Jahr vom 23. April bis 23. Mai, wird jeden Abend nach Sonnenuntergang zum Fastenbrechen in die Räumlichkeiten des Kulturvereins eingeladen.

Seit 2013 ist die marokkanische Kulturgemeinschaft als Verein in Bensheim aktiv und längst in das gesellschaftliche Leben der Stadt integriert. Bei all seinen Aktivitäten kommt es dem Verein auf interkulturelle Verständigung und Orientierung an. „Wir distanzieren uns von jeglicher Gewalt“ bekräftigte der Vorsitzende und verweist auf weitere geplante Aktivitäten, wie Lesestunden in der Stadtbibliothek, Austausch mit Schulen, die Beteiligung am Interkulturellen Fest, und auch die Arbeit mit alten Menschen steht auf der Agenda. Neben dem Vorsitzenden selbst sind weitere Mitglieder des Vereins insbesondere mit der Arbeiterwohlfahrt Bürstadt eng verbunden.

Zum Abschluss der Zusammenkunft wies Vorsitzende Dankwerth auf die anstehende dreisprachige Vorlesestunde in der Stadtbibliothek am 30. April hin. Die nächste Sitzung des Ausländerbeirates ist für den 23. April terminiert. *js*

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen  
Großdruckerei und Verlag GmbH

---

**URL:**

[https://www.morgenweb.de/bergstraesser-anzeiger\\_artikel,-bensheim-kritik-an-geplanter-gesetzesanderung-\\_arid,1613576.html](https://www.morgenweb.de/bergstraesser-anzeiger_artikel,-bensheim-kritik-an-geplanter-gesetzesanderung-_arid,1613576.html)